

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

biete ich Ihnen dieses Mal einen Kommentar von Frank Schäffler (FDP) zur Bankenunion an:

<http://prometheusinstitut.de/die-bankenunion-ist-ein-irrweg/>

Ansonsten freut sich das EU-Parlament (siehe weiter unten) über die Beitrittsverhandlungen mit Serbien. Es müssen mir entscheidende juristische Kenntnisse fehlen. Denn sonst ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso die EU und vor allem Deutschland Migranten aus dem Balkan erleichtert in diese sicheren Herkunftsländer abschieben wollen, um ihnen dann in ein paar Jahren durch die EU-Mitgliedschaft die komplette Freizügigkeit zu ermöglichen. Irgendwie passt das nicht zusammen.

EU-Kommission

Kritische Schengen-Evaluierung Griechenlands

Die Kommission hat am 02.02.2016 einen Bericht über die Schengen-Evaluierung von GRI angenommen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass GRI seine Verpflichtungen der Schengen-Bestimmungen in schwerwiegender Weise vernachlässigt hat und gravierende Mängel bei der Durchführung von Kontrollen an den Außengrenzen bestehen. Der Evaluierungsbericht beruht auf unangekündigten Besuchen eines Expertenteams aus Kommission, Mitgliedstaaten und Frontex an der griechisch-türkischen Landgrenze sowie auf den In-

seln Chios und Samos. Ferner verabschiedete die Kommission einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Beseitigung der Mängel. GRI muss sodann einen Aktionsplan vorlegen, in welchem es darlegt, wie die Mängel behoben werden sollen. Sollten nach drei Monaten die Mängel weiterbestehen, kann die Kommission das Verfahren nach Art. 26 des Schengener Grenzkodexes einleiten. Danach kann der Rat aufgrund eines Vorschlags der Kommission als ultima ratio die Wiedereinführung von Kontrollen . insbesondere an der Grenze zu GRI . für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten empfehlen. Dieser Zeitraum kann bis zu maximal zwei Jahren verlängert werden.

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02006R0562-20131126&from=DE>

EU-einheitlicher Mindestsatz für die Mehrwertsteuer

Eigentlich möchte die Kommission bereits Anfang März dieses Jahres ihren Vorschlag für ein sendgültiges Mehrwertsteuersystem in der EU%vorstellen. Dieses soll sich unter anderem durch eine größere Freiheit der Mitgliedstaaten bei der Festlegung ihrer Steuersätze auszeichnen. Um es nicht zu einem Konflikt zwischen neuen MwSt-Grundsätzen und einer konkreten Norm der aktuellen MwSt-Richtlinie kommen zu lassen, wird daher eine Verlängerung des 15-Prozent-Satzes um nur zwei anstatt vier Jahre vorgeschlagen. Bereits am 14. Dezember 2015 hatte die Europäische Kom-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

mission vorgeschlagen, den Mindestsatz für die Mehrwertsteuer rückwirkend ab 1. Januar 2016 für weitere zwei Jahre auf 15 Prozent festzulegen. Kein Mitgliedstaat hat aktuell einen Regelsatz von weniger als 17 Prozent hat.

Seit dem Jahr 1993 legt Art. 97 der MwSt-System-Richtlinie (Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem) fest, dass in keinem Land der Europäischen Union der MwSt-Regelsatz weniger als 15 Prozent betragen darf.

Kommission stellt Winterprognose 2016 vor

Die Kommission hat am 04.02.2016 die Winterprognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung in den EU-Mitgliedstaaten vorgelegt. Die Prognose gibt Aufschluss über die Fortschritte bei der Stabilisierung der Eurozone und bildet die Basis für die routinemäßige Überprüfung der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für den Zeitraum 2015-2017. Bezogen auf die Wirtschaftslage erwartet die Kommission, dass sich der moderate Wachstumskurs in der EU und Euroraum trotz angestiegener Risiken im globalen Umfeld fortsetzt. So erwartet die Kommission für 2016 ein Wirtschaftswachstum von +1,7% (Euroraum) bzw. +1,9% (EU28). Für das Jahr 2017 wird ein Anstieg der Wachstumsraten auf +1,9% (Euroraum) bzw. +2,0% (EU28) prognostiziert. Insgesamt weisen demnach im laufenden Jahr 27 von 28 EU-Mitgliedstaaten ein Wirtschaftswachstum auf, Ausnahme ist GRI mit einer rückläufigen Wirtschaftsentwicklung von -0,7%. Laut Prognose soll die Arbeitslosenquote im Euroraum nur in geringem Umfang von 11,0% in 2015 auf

10,5% in 2016 und 10,2% in 2017 zurückgehen und liegt in zahlreichen Mitgliedstaaten auf anhaltend hohem Niveau (ESP: 20,4%; GRI: 24,0%). Bezüglich der Haushaltsentwicklung bestätigt die Winterprognose die Erfolge bei der Rückführung der Staatsdefizite, deutet aber auch auf nachlassende Konsolidierungsanstrengungen hin. Aktuell befinden sich noch neun EU-Mitgliedstaaten in einem Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits, davon sieben Euro-Länder. Die Kommission erwartet, dass drei Mitgliedstaaten (SLO, IRL, CYP) die 3%-Grenze 2015 unterschreiten und im Frühjahr aus den Defizitverfahren entlassen werden könnten. Auch für GRI erwartet die Kommission die fristgerechte Unterschreitung der 3%-Defizitgrenze im Jahr 2017. FRA, ESP, KRO und GBR würden laut Auffassung der Kommission ihre Frist zum Abbau des übermäßigen Defizites hingegen verfehlen, sollten keine zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden. PTL hat die 2015 abgelaufene Frist mit einem Staatsdefizit von 4,2% des BIP deutlich verfehlt und würde gemäß Prognose ohne weitere Maßnahmen auch 2016 und 2017 die 3%-Grenze überschreiten. Abschließend bestätigt die Kommissionsprognose, dass 2015 die Staatsschuldenquoten im Euroraum und der EU28 erstmals seit 2007 zurückgegangen sind. Dieser Abwärtstrend soll sich in den kommenden Jahren fortsetzen, sodass die Schuldenquote im Jahr 2016 auf 92,7% des BIP (Euroraum) bzw. 86,9% (EU28) fallen und 2017 weiter auf 91,3% (Euroraum) bzw. 85,7% (EU) zurückgehen soll. Dessen unbeachtet steigt die Schuldenquote in einzelnen Mitgliedstaaten aber weiter an: in



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

FRA werden die Staatsschulden laut Prognose sukzessive weiter ansteigen und 2017 bei 97,1% des BIP liegen. In ESP hat die Staatsschuldenquote 2015 die 100%-Hürde überschritten und soll erst 2017 langsam fallen. Für ITL erwartet die Kommission im laufenden Jahr erstmals seit 2007 einen leichten Rückgang der Schuldenquote (2016: 132,4%). Für DEU hat die Kommission ihre Wachstumserwartungen leicht nach unten angepasst: sowohl im laufenden Jahr als auch im Jahr 2017 wird ein Wachstum von +1,8% erwartet.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-214_de.htm

Eurostat

EU muss über die Hälfte ihres Energiebedarfs importieren

Am 04.02.2016 hat Eurostat Zahlen zur Energieabhängigkeit der EU veröffentlicht. Die Energieabhängigkeitsquote gibt den Anteil der Energie an, den eine Volkswirtschaft einführen muss, um ihren Energiebedarf zu decken. Demnach musste 2014 über die Hälfte der Energie, die die Europäer verbraucht haben, importiert werden. Die Importfähigkeit der EU belief sich auf 53,4% der insgesamt verbrauchten Energie. Den höchsten Energieverbrauch verzeichnen ESP (72,9%), ITL (75,9%), DEU (61,4 %), FRA (46,1%) und GBR (45,5%). Die niedrigsten Werte hingegen EST (8,9 %), DNK (12,8%) und ROM (17,0%). Am stärksten von Energieeinfuhren abhängig waren MTA (97,7%), LUX (96,6%) und CYP (93,4%).

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7150368/8-04022016-AP-DE.pdf/d4515435-bb1d-407a-b312-60cb85a979c7>

Europäisches Parlament

Reformfortschritte in Serbien und im Kosovo

Die MdEP begrüßten den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien und die Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo in zwei am 04.02.2016 verabschiedeten Entschließungen. Die MdEP hoben hervor, dass die Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Mitgliedstaaten für diesen Prozess förderlich sei. Das EP begrüßte ferner die Fortschritte, die 2015 zur Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien erzielt wurden. Dabei forderte das EP Belgrad und Priztina auf, die vollständige und fristgerechte Umsetzung bislang erzielter Vereinbarungen voranzutreiben und wies darauf hin, dass dies eine der Bedingungen für den EU-Beitritt Serbiens sei.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

